Anzeigengebühren: 40 Pfg. für die 6mal gespaltene Millimeterzeile, für die Empfehlungszeile 250 Pfg. Erfüllungsort Castrop. Der etwa gewährte Rabatt erlischt bei Konkursen, Zwangsvergleichen und gerichtlichen Klagen.
Größere Anzeigen werden bis mittags, kleinere bis 4 Uhr nachmittags vor Ausgabe der Zeitung erbeten.
Postscheckkonto: 40 180 Köln. — Fernsprech-Anschluß Nr. 6.
Verantwortlich für den Schriftteil: Franz Joseph Prinz, Castrop.

Castroper Anzeiger

Castroper Zeitung

Die Castroper Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage und kostet durch Boten frei ins Haus gebracht 13,00 Mark (im voraus zahlbar) für den Monat. Postbezug 27,00 Mk. für das Vierteljahr, ohne Postbestellgeld. Falls wir in der Herausgabe und Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Geschäftsstelle u. Schriftleitung: Münsterstraße 24. Sprechstunden der Schriftleitung: werktags 6—7 Uhr nachmittags.

Rauxeler Neueste Nachrichten

48. Jahrgang

Rotationsdruck und Verlag: Castroper Zeitung (Geschw. Schmitz), Castrop

Amtl. Veröffentlichungsblatt für den Landgerichtsbezirk Dortmund, für die Stadt Castrop und die Ämter Rauxel und Bladenhorst

Alle amtlichen Bekanntmachungen der Stadt Castrop, der Ämter Rauxel und Bladenhorst erlangen nach Veröffentlichung in obigen Blättern rechtsverbindliche Kraft.

Bladenhorster Tageblatt

Nr. 30 — Montag, den 6. Februar — 1922

Frankreichs Wirtschaftslage.

Die Erörterungen der französischen Presse über die internationale Wirtschaftskonferenz von Genua werden mit einer solchen Oberflächlichkeit geführt, daß man geneigt ist, nahe auf den Gedanken kommen könnte, Frankreich habe den Export nicht nötig und könne sich den Luxus gestatten, in aller Ruhe noch Jahre hindurch die wirtschaftliche Unordnung in Mittel- und Osteuropa mit anzusehen. Man darf sich durch diese Erörterungen nicht täuschen lassen. Sie sind zurückzuführen auf den Mangel des französischen Volkes, wirtschaftlich zu denken, und auf seine Erziehung durch die französische Presse, die machtpolitischen Fragen in den Vordergrund zu stellen, sich von ihnen einzig und allein beherrschen zu lassen. Das Frankreich von heute ist das Frankreich der Geschichte. Es betreibt Prestigepolitik, und die nationale Phrase steht heute noch in gleichem Ansehen, wie zu Beginn des vorigen Jahrhunderts. Daran hat sich nichts geändert, und nur wenige Volkswirtschaftler haben den Mut, das Volk nach dieser Richtung hin aufzuklären. Das schlimmste ist, daß dem Ministerium Poincare nunmehr als Finanzminister ein Mann angehört, de Lasteyrie, der Vorlesungen über Volkswirtschaft an der hiesigen Hochschule für Politik hält und der durch seine falsche Beurteilung der Wirtschaftslage Deutschlands den klaren Beweis liefert, daß der Franzose erst siebenmal politisch denkt, ehe er einmal den Versuch macht, den Dingen auf den Grund zu gehen. Die führenden Männer der Finanz, der Industrie und des Handels wissen das ganz genau, aber gegenüber der jetzigen Kammer sind sie ohnmächtig, und es gelingt ihnen nicht, ihre Ansicht zur Geltung zu bringen. So lange dieser Zustand andauert, darf man in Deutschland nicht allzu große Hoffnungen darauf setzen, es werde sich in absehbarer Zeit in Frankreich etwas ändern.

Die Geschäftslage Frankreichs hat sich seit dem letzten Bericht etwas gehoben, viel jedoch nicht. Wenn man durch die Straßen von Paris wandert, fällt sofort auf, daß die Kundschaft dadurch angelockt werden soll, daß fast alle größeren Geschäfte Ausverkäufe angesetzt haben, große Ausstellungen veranstalten, um die Kundschaft anzulocken. Von einer Preisherabsetzung ist im großen und ganzen nicht zu merken. Die Preise für die notwendigsten Bedarfsartikel sind noch genau so hoch wie im letzten Jahre. Nur für gewisse Textilien scheint sich in dem Maße eine Preisermäßigung geltend zu machen, in dem es gelingt die Textilindustrie in Nordfrankreich wieder in Betrieb zu setzen. Die Arbeitslöhne haben ihre Abwärtsbewegung nicht fortsetzen können. Dies ist an dem einmütigen Widerstande der arbeitenden Bevölkerung gescheitert und hat seine Berechtigung darin, daß die Lebensmittel nicht billiger geworden sind, im Gegenteil angezogen haben. Namentlich ist das der Fall für Gemüse. Die Fleischpreise konnten trotz ernsthafter Bemühungen der französischen Regierung, Maximalpreise festzusetzen, im Einzelverkauf nicht zum Sinken gebracht werden. Der Franzose zahlt heute gegenüber dem Vorkriegspreis für Fleisch etwa den fünf- bis sechsfachen Betrag. Die Not des Mittelstandes ist also in Frankreich nicht weniger gering als in Deutschland, nur mit dem Unterschied, daß alle Produkte zu haben sind, und daß in weit stärkerem Maße die Möglichkeit besteht, sich mit billigen Produkten, die sättigen, zu versorgen.

Die letzte Handelsstatistik des abgelaufenen Jahres, die dieser Tage veröffentlicht wurde, weist eine wesentliche Herbsetzung der Einfuhr von Rohmaterialien auf. Das ist der beste Gradmesser für die prekäre Lage, in der sich die französische Industrie befindet, jedoch ist es leider nicht möglich, irgendwelche Schlüsse zu ziehen auf die Anzahl der Arbeitslosen in Frankreich. Statistiken werden darüber nicht veröffentlicht, und es ist fast unmöglich, auch von Industriekorporationen eine zuverlässige Auskunft über den Umfang der Arbeitslosigkeit zu erlangen. Es ist bedauerlich, daß die wirtschaftliche Presse seit letzterer Zeit eine auffallende Tendenz für prohibitive Maßnahmen gegenüber dem Ausland zeigt. Der Zollkrieg, der zwischen Frankreich und Spanien ausgebrochen ist, hat nicht nur eine Einschränkung, sondern eine Verschärfung erfahren, dadurch, daß die spanische Regierung gewisse Maßnahmen getroffen hat, die französischerseits als absolut prohibitiv namentlich für die Kolonien bezeichnet werden. Inzwischen sind Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Handelsvertrages eingeleitet worden, die aber nur mühsam vorwärts kommen. Sie stehen erst im Anfang, und es werden wohl noch viele Wochen vergehen, ehe man sagen kann, ob sie zu einem Ergebnis führen. Anders liegen die Verhältnisse mit Italien, das ein Uebergangsstadium geschaffen hat, so daß der Zollkriegszustand wenigstens vermieden wurde. Jedoch werden die Verhandlungen über den Abschluß eines Handelsvertrages ebenso schwierig sein wie mit Spanien. Man erwartet in Paris, daß die Ankunft des sehr franzosenfreundlichen Grafen Sforza, der den Botschafterposten übernimmt, dazu beitragen wird, wenigstens diese wirtschaftliche Spannung zu beseitigen, wenn es ihm auch nicht sofort gelingen dürfte, die Stimmung des italienischen Volkes gegenüber Frankreich zu bessern.

Die fortgesetzten Klagen der französischen Regierung, es zeige sich in Deutschland ein Hang zum Boykott französischer Produkte, kann schlagend widerlegt werden. Der Wert der deutschen Einfuhr nach Frankreich ist im Laufe des letzten Jahres so herabgesunken, daß er in der deutschen Handelsbilanz keinen wesentlichen Faktor mehr einnimmt. Im Januar des vorigen Jahres wurden einschließlich der Pflichtlieferungen in Kohlen, Koks, chemischen Produkten usw von Deutschland nach Frankreich geliefert für rund 328 Millionen Franken Waren. Zieht man die Pflichtlieferungen, die sich aus dem Friedensvertrag von Versailles ergeben, ab, so bleibt für den freien Verkehr eine Einfuhr von 141 Millionen Franken. Im Oktober 1921 ist diese Ziffer, was den freien Verkehr anbetrifft, auf 52 Millionen Franken herabgesunken einschließlich der Pflichtlieferungen betrug der Wert der deutschen Einfuhr nach Frankreich 111 Millionen Franken. Ganz anders stellt sich das Bild, wenn man die französische Einfuhr in Deutschland auf Grund der amtlichen französischen Statistik vergleicht. Frankreich hat im Monat Januar 1921 nach Deutschland ausgeführt für 223 Millionen Franken Waren, im Monat Oktober des gleichen Jahres für 205 Millionen Franken Waren. Das ist also das Wirksame der deutschen Ausfuhr nach Frankreich, und bei den deutschen Waren handelt es sich nicht einmal um Luxuswaren, sondern um Bedarfsartikel, keineswegs aber um hochwertige Waren. Auf Grund dieser Statistik ist es möglich, die Behauptung der französischen Regierung von einem Boykott französischer Waren mit französischen Beweisen zu widerlegen. Dabei ist nicht einmal in Rechnung gestellt, daß sich immer noch ein gewisses Schiebertum äußerst tätig zeigt, das seine Operationen nicht mehr über die Rheinlande, sondern in recht starkem Maße über Elsaß-Lothringen, vor allen Dingen aber über das Saargebiet ausführt. Nach dieser Richtung hin sollten endlich in Deutschland einmal amtliche Erhebungen angestellt werden, deren Ergebnisse sicher dazu beitragen würden, den alliierten Regierungen den Beweis zu liefern, in welch starkem Maße heute noch das besetzte Deutschland in seinen Einnahmequellen geschädigt wird, weil die deutschen Beamten unter dem Druck der Besetzung einen Teil ihrer Autorität verloren haben. Das kann jeder Deutsche, der das besetzte Gebiet bereist, sehr oft feststellen.

*

Das im vorstehenden Bericht erwähnte Uebergangsstadium in den handelspolitischen Beziehungen zwischen Frankreich und Italien dauert einstweilen noch an. Wie aus Paris gedrahtet wird, wurde zwischen der italienischen und der französischen Regierung vereinbart, das provisorische Zollabkommen um einen Monat zu verlängern. Während dieser Zeit soll über den Abschluß eines endgültigen Zollabkommens verhandelt werden.

Letzte Drahtmeldungen.

Weitere Verschärfung. — Streik der Berliner städtischen Arbeiter.

Berlin, 5. Febr. Der Aufruf der Reichsgewerkschaft bedeutete an sich schon, als er gestern abend in Berlin bekannt wurde, eine Verschärfung der Lage, da aus ihm klar wurde, daß die Reichsgewerkschaft keineswegs gewillt ist, sich irgendwie nachgiebig gegenüber dem Aufruf des Deutschen Gewerkschaftsbundes zu zeigen. Eine weitere Verschärfung in der Stellung der Reichsgewerkschaft gegenüber dem Beamtenbunde ist dadurch eingetreten, daß die Hoffnung des Beamtenbundes, der in ihm organisierten Reichsgewerkschaft bei den Verhandlungen dienlich sein zu können, von der Reichsgewerkschaft nicht erfüllt wurde. Sie hat nach dem Erlaß des Aufrufes sich überhaupt nicht mit dem Deutschen Beamtenbund in Verbindung gesetzt. Die Reichsgewerkschaft stützt sich in Berlin auf die ebenfalls streikenden Eisenbahnarbeiter des Deutschen Eisenbahnerverbandes und hat sich außerdem mit den Städtischen Arbeitern in Verbindung gesetzt. Die städtischen Arbeiter haben im Laufe des gestrigen Tages auf Grund der ihnen vorläufig erteilten Vollmachten die Streikparole ausgegeben. Auf Grund dieser Parole wurden die Elektrizitätswerke um 4 Uhr, die Gas- und Wasserwerke um 6 Uhr früh stillgelegt. Der Streikbeschluß wurde abends in einer Funktionärversammlung den städtischen Arbeitern unter lautem Beifall verkündet. Auch die Angestellten hielten eine Versammlung ab, doch sollen sie ihren Dienst vorläufig weiter versehen. Die Straßenbahn hat kurz nach 9 Uhr den Dienst eingestellt.

Gefährdung der rheinisch-westfälischen Großbetriebe.

Berlin, 5. Febr. Der Deutsche Eisenbahnerverband hat sich entsprechend dem Aufruf des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes im Laufe des Sonnabends telegraphisch und telephonisch an seine Ortsgruppen im Reiche gewandt, um die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit in die Wege zu leiten. In fast allen Direktionsbezirken sind daraufhin an die Unterbezirke entsprechende Weisungen weitergegeben worden, und man rechnete im Deutschen Eisenbahnerverband damit, daß im Laufe des Sonntags bereits in den Betriebswerkstätten usw. die Arbeit wieder aufgenommen werden wird. In Görlitz haben auch die Eisenbahnbeamten die Erklärung abgegeben, daß sie heute, Sonntag, den Dienst wieder aufnehmen werden, falls die Regierung von Maßregelungen absieht.

Nach einer Meldung des Deutschen Eisenbahnerverbandes aus Dortmund ist damit zu rechnen, daß am Sonntag die gesamte Belegschaft der Eisenbahnarbeiter trotz des Feiertages die Arbeit aufnimmt, da von den Betriebsräten aus dem Ruhrrevier dringende Hilferufe gekommen sind. Falls es nicht gelingt, im Laufe des Sonntags eine Anzahl Kohlenzüge in das rheinisch-westfälische Revier zu bringen, besteht die Gefahr, daß am Montag eine Anzahl Hütten und Großbetriebe stillgelegt werden müssen. Die Unterbezirke im Direktionsbezirk Essen haben deshalb ebenfalls telegraphische Anweisung aus Berlin erhalten, noch am Sonntag alles zu tun, um die Kohlenzüge fertig zu machen. Eine Anzahl Lokomotivführer hat sich zur Verfügung gestellt, um die Führung der Züge zu übernehmen.

Unterstützung der Streikenden.

Berlin, 5. Febr. Samstag nachmittag tagten 600 Funktionäre der Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Eisenbahnerverbandes, um zur Lage Stellung zu nehmen. Noch in der Versammlung, die nur kurze Zeit dauerte, wurde von einem Mitglied der Berliner Ortsverwaltung über die gestrigen Besprechungen in der Reichskanzlei Bericht erstattet. In der Aussprache wandten sich die Redner in zum Teil außerordentlich scharfer Weise gegen den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, der in einem Aufruf zur Einstellung des Streikes aufgefordert hatte. Dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund wurde vorgeworfen, daß er sich durch diese Tat auf die Seite der Regierung gestellt habe. Dadurch gewinnt aber der Streik mit seinen Folgen politische Bedeutung, da die Arbeiter jetzt befürchten müssen, daß Regierung und Gewerkschaft einen Angriff auf das allgemeine Koalitionsrecht und den Achtstundentag unternehmen wollen. In der Sitzung, der auch Vertreter der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und ein Funktionär des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes beiwohnten, erklärten sich die Mitglieder des Hirsch-Dunckerschen Verbandes solidarisch. Außerdem sprach zum Schluß ein Funktionär der Osram-Werke. Er führte aus, daß auch die Arbeiterschaft der Privatindustrie sich mit dem Vorgehen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes nicht einverstanden erkläre und daß die Privatarbeiter den Kampf der Eisenbahnarbeiter finanziell zu unterstützen bereit seien. Die Versammlung beschloß gegen 8 Stimmen, entgegen dem Wunsche des Verbandes Deutscher Eisenbahner im Kampfe zu verharren, bis die Forderungen der Beamten erfüllt seien.

Streik in der Erfurter Hauptwerkstätte.

Erfurt, 5. Febr. Die Arbeiter der Hauptwerkstätten sind heute plötzlich in den Streik getreten, ohne die Bezirksleitung des Deutschen Eisenbahnerverbandes zu informieren. Dadurch hat sich die Lage weiter verschärft. Die Ausführung des Planes der Oberpostdirektion Erfurt, in Thüringen das Kraftwagenwerk zur Beförderung von Post und Personen auszubauen, scheiterte an den starken Schneefällen.

Notverkehr im Direktionsbezirk Frankfurt.

Frankfurt (Main), 5. Febr. Auf fast allen Strecken im Eisenbahndirektionsbezirk Frankfurt (Main) ist ein regelmäßiger Notverkehr eingerichtet worden. Im übrigen ist damit zu rechnen, daß im Laufe des heutigen Tages, durch die Technische Nothilfe und Arbeitswillige unterstützt, der Zugverkehr wieder über den Frankfurter Hauptbahnhof dirigiert wird.

Dortmund, 6. Febr. Die Dortmunder Eisenbahnverwaltungsbehörden teilten gestern abend über die Lage folgendes mit: Der am Samstag bekanntgegebene Notfahrplan konnte im allgemeinen durchgeführt werden. Durch Schneeverwehungen und Frost wurden die Züge aber zum Teil verspätet abgelassen. Ueber den Notfahrplan hinaus wurden die nach Witten-West vorgesehenen Züge bis und von Hagen durchgeführt. Eine Anzahl weiterer Personenzüge über den Notfahrplan hinaus, konnten außerdem abgelassen werden. Die Milchzüge und eine große Anzahl Güterzüge wurden durchgefahren. Die Industrie und die lebenswichtigen Betriebe sind versorgt worden. Die Streiklage ist sonst im allgemeinen unverändert.

Bochum, 6. Febr. Die verheerenden Folgen, die der Eisenbahnerstreik nach sich zieht, treten immer mehr in Erscheinung. Im Bochumer Bezirk mußten am Samstag die Belegschaften folgender Zechen ganz oder teilweise feiern: „Prinzregent", „Julius Philipp", „Friederika", „Dannenbaum 2", „Eulenbaum", „General", „Königsgrube".

Bochum, 6. Febr. In Bochum herrscht große Kartoffelnot. Ein großer Teil der Einwohner ist ohne Kartoffel. Nach einer Besprechung mit den Kartoffelgroßhändlern hat die Stadt Bochum an den Ernährungsminister ein Telegramm geschickt, in dem die Aufhebung der Höchstpreise verlangt wird. Durch den Eisenbahnerstreik hat sich die Lage außerordentlich verschärft.

Ausdehnung des Streiks.

Berlin, 6. Febr. Das Reichsverkehrsministerium teilt mit, daß sich der Streik au chauf Mecklenburg ausgedehnt hat, dagegen ist Süddeutschland mit Ausnahme von Baden in dem gestern ebenfalls der Streik proklamiert wurde, noch streikfrei. Das Personal der Berliner Hoch- und Untergrundbahn wird heute morgen 8 Uhr eine Urabstimmung zur Beschlußfassung über einen ebenfalls Streik abhalten. Die Berliner Bäckerinnung hat mitgeteilt, daß infolge der Streiklage die Brotversorgung in Stockung gerät. Die Brotfabriken liegen infolge des Streiks schon still. Die Bäcker lehnen jede Verantwortung ab. Die Zahl der Streikenden in Berlin beträgt 50 000, darunter 4000 Lok.-Führer, im Reich 200 000.

Berlin, 6. Febr. In der Reichskanzlei fanden gestern Besprechungen unter dem Vorsitz des Reichskanzlers, an denen die Mitglieder des Kabinetts und die Führer der in der Regierung vertretenen Parteien teilnahmen. Gegenstand der Beratungen bildete die durch den Streik in Berlin und im Reiche geschaffene Lage. Ein Ergebnis wurde nicht erzielt.

Berlin, 6. Febr. Die Verkehrslage war am gestrigen Sonntag ebenso trübselig wie am Vortage. An einen Notverkehr, wie ihn das Reichsverkehrsministerium schon vorgestern optimistisch ankündigte, ist immer noch nicht zu denken. Unter dem Eindruck dieses Notstandes haben die Spediteure Autodienst eingerichtet.

Poincaré vor der Senatskommission

Paris, 5. Febr. Die Erklärung Poincares vor der Senatskomission für auswärtige Angelegenheiten bezogen sich, wie Havas meldet, 1. auf die Konferenz von Genua, 2. auf die deutsche Antwort an die Reparationskommission, 3. auf das französisch-englische Abkommen. Von der Orient- und Angorfrage ist sehr wenig zur Sprache gekommen, da die Verhandlungen zwischen London und Paris fortgeführt werden und man nichts in die Oeffentlichkeit gelangen lassen will, bevor man zu einem grundsätzlichen Einverständnis gelangt ist. Im übrigen betonte Poincare, daß er darauf gefaßt gewesen sei, daß ihm Fragen gestellt werden, und daß er mit Akten komme, die Beweise für seine Behauptungen enthielten. Doumer sagte, daß die Kommission durchaus der Ansicht sei, daß die künftige Konferenz von Genua weder eine Revision der Friedensverträge, noch eine Verminderung der Frankreich geschuldeten Reparationen oder einen Angriff auf den Völkerbund oder die Zulassung der Sowjetdelegierten ohne wirksame Garantien für ihre Absichten mit sich bringen dürfte. Poincare legte alsdann seine Politik dar und sagte, er werde nur nach Genua gehen, wenn das Programm der Konferenz von Genua genau festgesetzt und die Bedingungen gut formuliert seien. Die Einladung, die an die Sowjetregierung ergangen sei, setzt z. B. nicht fest, daß diese die Bestimmungen ihrer Zulassung annehmen. Ihr Kommen würde also nur eine implizierte Annahme der Bedingungen bedeuten. In dieser Hinsicht müsse man sicher gehen. Andererseits würde die Konferenz von Genua bedeutend hinausgeschoben werden. Die italienische Ministerkrise könne noch etwa 10 Tage dauern. Die Anwesenheit des italienischen Ministerpräsidenten sei unbedingt notwendig. Man habe noch Zeit zum Ueberlegen. Weiter sprach Poincare vom Völkerbund und von der Reparationskommission und erklärte, die französische Außenpolitik müsse sich auf die vollständige Aufrechterhaltung der Befugnisse der Reparationskommission stützen, sowie auf die Befugnisse des Völkerbundes. Was den französisch-englischen Pakt anbelange, würden die Verhandlungen bis jetzt mit voller Herzlichkeit weitergeführt. Bevor er Ministerpräsident geworden sei, hatte er eine private Zusammenkunft mit Lloyd George. Die Unterredung über diesen Punkt war mehr als freundschaftlich, was ein gutes Vorzeichen sei. Die Erklärungen des Ministerpräsidenten machten, wie es am Schluß des Havasberichtes heißt, einen ausgezeichneten Eindruck. Die Aussprache darüber wird in der nächsten Sitzung der Kommission vorgenommen werden.

Der Eisenbahnerstreik.

Besprechungen mit dem Reichskanzler.

Berlin, 4. Febr. Gestern nachmittag empfing der Reichskanzler die Spitzenverbände der freigewerkschaftlichen Richtungen, um in Anwesenheit der betr. Ressortchefs eine eingehende Aussprache über die Streiklage vorzunehmen. Auf Grund dieser Aussprache haben die Spitzenorganisationen einen Aufruf erlassen, der zur Beendigung des Streiks auffordert.

Im Anschluß an diese Besprechung wurde im Beisein von Vertretern der Gewerkschaften der Vorstand des Deutschen Beamtenbundes empfangen, nachdem er ausdrücklich erklärt hatte, daß er den Streik ablehne und das Verhalten der Reichsgewerkschaft mißbillige. Der Reichskanzler sagte zu, daß die Erörterungen mit den Spitzenorganisationen über die grundsätzlichen Fragen der Beamtenbesoldung alsbald fortgesetzt werden sollen.

Streikabblasen der Spitzenverbände.

Berlin, 4. Febr. Die Gewerkschaften erlassen folgenden Aufruf:

Unter völliger Nichtachtung der anerkannten Gewerkschaftsgrundsätze hat die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und Anwärter durch Aufforderung zum Streik den Eisenbahnverkehr, auch den für die Ernährung, vollständig lahmgelegt und es absichtlich unterlassen, dem Wunsche der übrigen betreffenden Gewerkschaften nach einem gemeinsamen Vorgehen nachzukommen. Dieser Lohn streik einer Beamtengruppe muß bei nur kurzer Dauer die Lebensbedingungen aller Arbeitnehmer besonders in den Großstädten verhängnisvoll gefährden. Geradezu katastrophal aber wirkt dieser Streik jetzt drei Wochen vor der Konferenz von Genua auf die Außenpolitik ein.

Die Verantwortung gegenüber den von ihnen vertretenen Beamten, Arbeitern und Angestellten sowie gegenüber dem gesamten Volke zwingen den unterzeichneten Spitzenorganisationen aller Gewerkschaftsrichtungen die gebieterische Pflicht auf, alle im Streik befindlichen Eisenbahner aufzufordern, die Arbeit wieder sofort aufzunehmen. Die für diesen besonderen Streikfall der Reichsbahnbeamten erlassene Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Februar wird mit Beendigung des Streiks gegenstandslos. Die Reichsregierung erklärte fernerhin ausdrücklich, daß alle Gerüchte und Behauptungen über die beabsichtigte Beschränkung des Koalitionsrechtes durchaus unbegründet sind. Damit ist die Berücksichtigung der berechtigten Beamtenforderungen und der Schutz des Koalitionsrechts aller Arbeitnehmer gesichert. Wir erwarten von der organisierten Arbeitnehmerschaft, daß sie sich ausschließlich an die Weisungen ihrer Spitzenorganisationen hält.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund gez. Leipart. Deutscher Gewerkschaftsbund gez. Baltrusch. Gewerkschaftsring Deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände gez. Hartmann, Schneider. Allgem. freier Angestelltenbund, Aufhäuser, Sitz.

Keine Streikparole des Deutschen Eisenbahnerverbandes.

Berlin, 4. Febr. Im Gegensatz zu der Berliner Bezirksorganisation lehnt es der Hauptvorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes in einer Erklärung ab, die Streikparole für die Mitglieder des Verbandes herauszugeben.

Austritt der Süddeutschen aus der Reichsgewerkschaft.

Einer Korespondenz zufolge haben wegen der Haltung des Vorstandes der Reichsgewerkschaft die süddeutschen Landesvertretungen der Reichsgewerkschaft der Berliner Zentrale mitgeteilt, daß die einzelnen Landesgruppen aus der Reichsgewerkschaft ausscheiden und den Weisungen des Hauptvorstandes nicht mehr Folge leisten.

Streikgegner.

Hamburg, 4. Febr. Der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat gestern eine Entschließung angenommen, in der es heißt: Der Hauptausschuß verurteilt mit den Spitzenverbänden das uneinsichtige und jeder gewerkschaftlichen Taktik entbehrende Vorgehen der Reichsgewerkschaft. Der Hauptausschuß nimmt den Streik der Eisenbahner als eine gegebene Tatsache hin, warnt aber dringend vor Sympathiestreiks, die nur mit falsch verstandenem Solidaritätsgefühl erklärt werden könnten. Für die Durchsetzung der Forderungen der Eisenbahner sei dies auch vollkommen zwecklos. Das Ortskartell des Afabundes schloß sich dieser Erklärung an.

Demonstrationen in Hamburg.

Hamburg, 4. Febr. Seit heute vormittag finden Verhandlungen zwischen einer Kommission der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner und der Direktion Altona statt, wodurch die Freilassung der am Morgen festgenommenen Altonaer Streikleitung erreicht werden soll. Da die Verhandlungen sich in die Länge ziehen, fand am Nachmittag vor dem Gebäude der Eisenbahndirektion eine Demonstration statt, an der etwa 1400 Mann beteiligt waren. Die Demonstration dauert noch an.

Die Folgen des Streiks.

Hamburg, 4. Febr. Da infolge des Eisenbahnerstreiks keinerlei Feuerungsmaterial mehr nach Hamburg kommt und Vorräte wegen der verschiedenen Gütersperren der letzten Zeit nicht herangeschafft werden konnten, müssen, wie verlautet, die Hamburger Schulen in den nächsten Tagen voraussichtlich geschlossen werden.

Die Dresdener Gaswerke vor der Betriebsstillegung.

Dresden, 4. Febr. Konnten die Dresdner Gaswerke zu Beginn des ersten Dresdner Eisenbahnerstreiks schon ihren Betrieb nur mit größter Mühe aufrecht erhalten, so muß man jetzt mit der vollständigen Stillegung des Betriebes rechnen, da die Gaswerke nur noch für einen Tag Kohlen haben.

Keine Auskunft der Reichsgewerkschaft.

Dresden, 4. Febr. Die hiesige Geschäftsstelle der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahner hat auf eine Anfrage mitgeteilt, daß sie jede Auskunft darüber, ob Kohlenzüge gefahren werden, wie überhaupt jede Auskunft ablehnt. Sie hat weiter erklärt, daß die Streikleitung unsichtbar und unerreichbar sei.

Zechenstillegungen.

Bochum, 4. Febr. Infolge des Eisenbahnerstreiks mußte die Belegschaft der Zeche „Friedrich Karl" am Freitag bereits feiern. Die Zeche „Prinzregent" hat durch Anschlag bekannt gemacht, daß ab Samstag die Belegschaft nicht mehr einfahren kann, da keine Waggons vorhanden sind, um die Kohlen abzutransportieren. Auch die Zeche „Präsident" hat am Freitag keine Kohlen mehr abtransportieren können.

Rheinlandkommission und Streik.

Köln, 4. Febr. Die Rheinlandkommission hat die Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Februar betreffend das Streikverbot der Eisenbahnbeamten für das besetzte Gebiet zugelassen, aber unter gewissen Vorbehalten, die sich aus dem Verhältnis der Eisenbahn zu den Besatzungsbehörden ergeben. Der Befehl der Oberbefehlshaber der alliierten Besatzungsarmee vom 31. Januar, durch den dem Eisenbahnpersonal befohlen wird allen Befehlen der Feldeisenbahnkommission und deren Organen nachzukommen, wird ausdrücklich aufrecht erhalten.

Kein Streik der Post- und Telegraphenarbeiter.

Berlin, 4. Febr. Dem Reichspostministerium ist von einer Sympathiererklärung des Verbandes der Postangestellten und Telegraphenarbeiter für die streikenden Eisenbahner nichts bekannt. In diesem Verband sind übrigens keine Beamten, sondern nur die Telegraphenarbeiter und Postaushelfer organisiert.

Streikbefürworter.

Hamburg, 4. Febr. Die Generalversammlung des Allgemeinen Verbandes Deutscher Post- und Telegraphenbeamten, Ortsgruppe Hamburg, billigt in einer einstimmig angenommenen Entschließung die in der letzten Vertrauensmännerversammlung gefaßte Resolution, die den kämpfenden Eisenbahnbeamten die Sympathie der Postbeamten ausspricht. Weiter wurde einstimmig beschlossen, die Verbandsleitung zu beauftragen, die Reichsgewerkschaft in ihrem Kampfe nach Kräften zu unterstützen und alle aus der Solidarität sich ergebenden Folgerungen zu ziehen.

Drohender Streik der Postbeamten?

Bochum, 4. Febr. Eine Versammlung der Ortsgruppe Bochum der Deutschen Postgewerkschaft und des Deutschen Verkehrsbundes beschloß gestern abend, an die Bezirksleitung ein Ultimatum zu richten, innerhalb 12 Stunden den Streik zu proklamieren, andernfalls über die Köpfe der Organisationsleitung hinweg in den Streik getreten würde.

Generalstreiks-Bestrebungen.

Sympathiestreik der Metallarbeiter.

Die „Köln. Ztg." weiß von einem Schriftstück zu berichten, welches das Datum des 1. Februar trägt und unter anderem rund heraus sagt, daß die Reichsgewerkschaft mit dem Deutschen Eisenbahnerverband in engster Fühlung gearbeitet habe. Weiter heißt es in dem Schreiben:

Sollte der Ausstand auch nur ein paar Tage anhalten, so werde mit einem Sympathiestreik der Metallarbeiter in Berlin gerechnet, der wiederum einen Solidaritätsstreik aller Metallarbeiter Deutschland zur Folge haben werde. Sollte die Regierung durch die Schupo oder die Reichswehr gegen die ausständischen Eisenbahner vorgehen oder aber deren Forderungen ablehnen, so beabsichtige die Streikleitung am 6. Februar ein Ultimatum zu stellen und bei dessen Ablehnung zu einem Generalstreik in ganz Deutschland aufzufordern. Die Bergleute, mit denen Fühlung gehalten werde, würden vielleicht schon vorher, zunächst im Ruhrgebiet, in Tätigkeit treten und zwar zunächst in der Weise, daß sie die Durchführung der schon festgelegten Forderungen als Zweck und Ziel des Streiks hinstellten. Jedenfalls sei unbedingt sicher, daß die erste Hälfte des Monats Februar Kämpfe politischer und wirtschaftlicher Art sehen würde, wobei die radikalen Elemente den Versuch machen würden, diese Kämpfe bis zur letzten Entscheidung zu treiben.

Bemerkenswert ist die weitere Feststellung des Schriftstücks, das am 30. Januar die mitteldeutschen Bergarbeiter beschlossen haben, im Falle der Streik anhalten sollte, ebenfalls einzugreifen, und zwar zunächst für ihre eigenen Forderungen, dann aber auch mit einem Solidaritätsstreik für die ausständischen mitteldeutschen Textilarbeiter.

Die Organisationen der Eisenbahnbeamten.

Die deutschen Eisenbahnbeamten sind in einer Reihe von Organisationen zusammengefaßt, die für Außenstehende wegen der ähnlich lautenden Bezeichnungen nicht leicht auseinanderzuhalten sind. Zur Orientierung sei hier eine kurze Zusammenstellung der Verbände gegeben:

1. Die größte Organisation mit 300 000 Beamten mitgliedern ist die Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und Anwärter. In ihrem Vorstand wurde der Streik beschlossen. Sie gehört zum Deutschen Beamtenbund, der verschiedene Beamtenverbände umfaßt, und ist, wie dieser, dem freigewerkschaftlichen „Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund" angeschlossen.

2. Die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner hat ebenfalls eine große Mitgliederzahl, ist aber in den verschiedenen Bezirken sehr ungleichmäßig vertreten. Sie gehört zu den christlichen Gewerkschaften und zum „Deutschen Gewerkschaftsbund".

3. In dem freigewerkschaftlichen Deutschen Eisenbahnerverband, der die stärkste Organisation der Eisenbahnarbeiter ist, befinden sich auch etwa 70 000 Eisenbahnbeamte.

4. Der Allgemeine Eisenbahner-Verband gehört zu den Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften und ist dem „Gewerkschaftsring der Arbeiter, Angestellten und Beamten" angeschlossen.

Die Gehaltslage der Eisenbahn-Beamten.

Nachstehend bringen wir eine Uebersicht über die augenblickliche Gehaltslage der Eisenbahnbeamten. Eingesetzt sind die Anfangs- und Endgehälter der Gruppen 1 bis 10. Die Zahlen bilden die Jahres-Rohgehälter für einen Beamten ohne Kinder. Das Kindergeld, das im Einzelfalle hinzuzurechnen ist, beträgt gleichmäßig für alle Gruppen: für jedes Kind bis zum 6. Lebensjahr jährlich 2160 Mk., für jedes Kind vom 6. bis 14. Lebensjahr jährlich 2880 Mk., für jedes Kind vom 14. bis 21. Lebensjahr jährlich 3600 Mk. Irgendwelche Abzüge für Steuern usw. sind bei den untenstehenden Zahlen nicht berücksichtigt, sodaß das auszahlbare Einkommen sich naturgemäß entsprechend niedriger stellt:

Gehaltsgruppe	Anfangsgeh. Mk.	Endgeh. Mk.
1 (Schrankenwärter	12840	19200
2 (Bahnwärter)	15840	21360
3 (Schaffner, Manalerer usw.)	17640	23760
4 (Betriebsassistenten, Rangieraufseher, Oberschaffner)	19800	25920
5 (Eisenbahnassistenten, Zugführer, Rangiermeister, Werkführer, Stellwerksmeister	21960	28080
6 (Eisenbahnsekretäre, Bahnhofsvorsteher Lokomotivführer, Bahnmeister)	23160	31080
7 (Obersekretäre, Werkstättenvorsteher, Oberbahnmeister)	25920	34680
8 (Eisenbahninsp., Ingenieure)	29280	39840
9 (Oberinspektor., Oberingen.)	32880	45840
10 (Regierungsräte, Eisenbahn-Amtmänner)	37680	53040

Die Gehälter der Beamten-Anwärter (Diätare) sind naturgemäß geringer. Die Diätarzeit beginnt frühestens mit dem 21. Lebensjahre — das Durchschnittsalter beträgt 25—26 Jahre — und dauert 5 Jahre. Zu Beginn des 5. Jahres rückt der Beamten-Anwärter in der niedrigsten Gehaltsklasse der betreffenden Beamtengruppe ein, für die die Vorbildung erfolgte. In der nachfolgenden Tabelle sind daher nur die Anfangsgehälter angegeben, da die Endgehälter den obigen Anfangsgehältern entsprechen. Das Kindergeld ist das gleiche, wie bei den planmäßigen Beamten.

Gehaltsgruppe	Anfangsgehalt Mk.
1	12290
2	15240
3	16950
4	19050
5	21150
6	22290
7	24960

Die höheren Beamtengruppen rekrutieren sich aus den Beamten der 7. Gruppe. Ab 1. Januar 1922 ist den planmäßigen Beamten (nicht Diätaren) für alle Gruppen gleichmäßig eine Jahreszulage von 2000 Mark bewilligt worden. Daß diese Gehälter, besonders in den niederen Gehaltsstufen, unzureichend bemessen sind, bedarf wohl keiner Frage.

Der Schaden des Eisenbahnerstreiks.

Berlin, 4. Febr. Ueber den Umfang des Schadens des Eisenbahnerstreiks schreibt die „Voss. Ztg.", daß, da im Personenverkehr die tägliche Einnahme 30 Millionen Mark und im Güterverkehr die tägliche Einnahme 160 Millionen Mark beträgt, mit einem täglichen Gesamtverlust von 190 Millionen Mark zu rechnen ist.

Keine Einberufung des Reichstages.

Berlin, 4. Febr. Laut „Vorwärts" gab der Reichstagspräsident einem kommunistischen Antrag auf sofortige Einberufung des Reichstages wegen des Eisenbahnerstreiks nicht statt, da vor Errichtung des Notpersonenverkehrs der Reichstag nicht beschlußfähig ist. Dagegen hat der Reichstagspräsident dem Wunsche der USPD. entsprechend den Antrag der Unabhängigen auf sofortige Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Februar als ersten Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Reichstagssitzung gesetzt.

Aus dem Reiche.

Die Wohnungsluxussteuer.

Die preußische Ausführungsverordnung

Zur Ausführung des abgeänderten Kommunalabgabengesetzes hat die preußische Regierung eine Anweisung zu erlassen, deren Entwurf sie jetzt dem preußischen Staatsrat vorgelegt hat. Besonders wichtig sind aus dieser Anweisung die näheren Bestimmungen über die gemäß § 16a zu erhebende Wohnungsluxussteuer. Aus ihnen seien die folgenden Bestimmungen wiedergegeben:

1. Die aus der Wohnungsluxussteuer aufkommenden Mittel dürften lediglich zur Förderung der Wohnungsbeschaffung und der Siedlung verwendet werden.

2. Die Steuer ist nach der Zahl der steuerpflichtigen Wohnräume allein oder in Verbindung mit der Größe der Wohnfläche, nicht aber nach der Größe der Wohnfläche allein zu bemessen. Dabei sind Räume unter 10 Quadratmeter Wohnfläche steuerfrei zu lassen.

3. Steuerfrei bleiben bei einer Einzelperson mit eigenem Haushalt wenigstens 3, für 2 Personen mit gemeinschaftlichem Haushalt wenigstens 4, im übrigen mindestens so viel Wohnräume, als die um 1 vermehrte Zahl der zum Hausstand des Wohnungsinhabers gehörigen Personen beträgt.

Räume, welche ausschließlich oder vorwiegend zu dienstlichen, beruflichen oder gewerblichen Zwecken benutzt werden, sind bei der Berechnung der Steuer nicht zu zählen.

4. Dienstwohnungen der Reichsbeamten, die sich innerhalb der von der Reichsregierung bestimmten Grenzen halten, sind von der Steuer frei.

5. Mehrere Wohnungen an einem Orte sind bei der Berechnung der Steuer zusammenzuzählen.

6. Als Wohnräume gelten insbesondere nicht: Flur, Gang, Vorsaal, Veranda, Küche, Anrichte, Bad, Abort, Diele, soweit letztere nur als Durchgangsraum in Betracht kommt, sowie die Räume, die nach gesetzlichen oder polizeilichen Vorschriften nicht bewohnt werden dürfen.

7. Die Steuer darf in ihrer Gesamthöhe den Betrag nicht überschreiten, der bei gleichmäßiger Verteilung der Miete auf alle Wohnräume dem Verhältnis des Mietbetrages der besteuerten Wohnräume zur Gesamtmiete der Wohnung entspricht.

8. Auf Antrag tritt eine Befreiung von der Steuer ein, wenn sich bei Anwendung der Bestimmungen besondere Härten für die Steuerpflichtigen ergeben.

9. Wohnungen, welche nach dem 1. Juli 1918 fertiggestellt sind und nicht mehr als sechs Wohnräume enthalten, bleiben von der Abgabe befreit.

10. Auf Grund anderweitig genehmigter Steuerordnungen, die von diesen Grundsätzen abweichen, dürfen Wohnungsluxussteuern nur bis zum 1. Oktober 1922 erhoben werden.

Die Verordnung betont aber, daß Wohnungskultur dem Wohnungsluxus nicht gleichzusetzen sei. Deshalb dürften besonders die Säle für das erste und zweite steuerbare Zimmer nicht übermäßig hoch sein. Wichtig ist auch, daß die Steuer nur dort gerechtfertigt sei, wo der zu treffende Aufwand nach dem Willen der Besteuerten vermeidbar sei. Daß diese Voraussetzung bei sehr vielen „übergroßen" Berliner Wohnungen nicht vorliegt, kann kein Sachverständiger bestreiten.

Aus dem Auslande.

Das englische Anti-Dumping-Gesetz in der Praxis.

Der liberale englische Abgeordnete J. D. Kiley hat im „Free Trader", dem Organ des englischen Freihandelsbundes, über die Folgen des englischen Anti-Dumping-Gesetzes eine Betrachtung veröffentlicht, die zu dem Schlusse berechtigt, daß jenes Gesetz mutatis mutandis ähnlich gewirkt hat, wie einst die „Made in Germann"-Vorschrift. Denn mehr als 6000 Warengattungen stehen auf der Liste, für welche die 33⅓% Abgabe „zum Schutze der Industrien" in Frage kommt, unter diesen 6000 aber befinden sich teils in England gar nicht hergestellte, also abgabefreie Waren, teils solche, die wegen ihrer Wichtigkeit für die englische Industrie von der Abgabe frei gelassen wurden, z. B. synthetischer Kampfer. Man kann sich denken, wie schmerzlich die Messerfabrikanten in Sheffield und die Erzeuger von Autozubehör usw. in Birmingham es empfanden, daß sie das genannte wichtige Fabrikationsmittel zu sehr verteuerten Preisen kaufen mußten. Mit notwendig gebrauchten Chemikalien stand es nicht anders. Kein Wunder, wenn holle Zollbeamte in Dover über den Ausbruch einer Schmuggelepidemie jammerten! — Das Publikum hatte seinerseits allen Grund, die Zollverwaltung wegen der Willkür, mit der sie das Gesetz ausführte, anzuklagen — ganz abgesehen davon, daß der mit der Durchführung unzertrennlich verbundene Zeitverlust oft auch schwere Geldverluste infolge des Verderbens von Ware usw. hervorrief. Als eine Probe der Zollabsurditäten, die der englische Einkäufer hinnehmen mußte, sei aus der Darstellung Kileys das nachstehende wiedergegeben:

„Eine Sendung Puppen wurde angehalten mit der Begründung, daß die Puppenaugen mit „der Lampe geblasen" seien. Es war während der Besprechung des Gesetzes ausdrücklich darauf hingewiesen und zugesagt worden, daß sich dieser Ausdruck nur auf Gläser zu wissenschaftlichen Zwecken beziehe. Elektrische Lampen, die sonst zur Abgabe freigegeben waren, wurden mit der 33⅓%igen Abgabe belastet, wegen der geringen Mengen Wolframs, die sie enthielten. Die Absurdität wird besonders deutlich, wenn man sich erinnert, daß Augen für kleine Puppen nur 1 Schilling für hundert Paar kosten. Eine Sendung von 200 Puppen enthält also zollpflichtige Materie im Werte von 2 Schillingen, auf die 8 Pence zu entrichten wären. Jeder Tag brachte neue Enthüllungen über die Leistung der verstörten Amtsstellen. Es wurde bekannt, daß die Kosten für Dokumente usw. in einem Falle, wo ein Penny Zoll zu entrichten war, sich auf 5 Schilling stellten. Für das Publikum war das komisch; die Kaufleute wüteten."

Die Viertelmillion Pfund Einnahme, die der englische Staatsschatz aus der Anti-Dumping-Abgabe ziehen mag, wird also durch die gleichzeitige Belastung der englischen Industriellen und Kaufleute hoch genug bezahlt. Und das geschieht zu einer Zeit, wo das Gespenst der Arbeitslosigkeit England erschreckt, die Rufe, Englands Außenhandel zu steigern, immer gründlicher erschallen! Trotzdem wird das deutschfeindliche Schutzzöllnertum einstweilen wohl fortfahren, seinen Einfluß für die Beibehaltung der Anti-Dumping-Abgabe aufzubieten.

Aus dem Wirtschaftsleben.

Die Tarifverhandlungen der technischen Bergbauangestellten gescheitert.

Essen, 4. Febr. Von den Spitzenverbänden der Angestellten (Afa und Gedag) wird berichtet: Die gestern mit dem Zechenverband stattgefundenen Verhandlungen über die Neuregelung der Gehälter der technischen Bergbauangestellten sind gescheitert, weil über die Verteilung des in Frage kommenden Prozentsatzes keine Einigung zu erzielen war. Ein Schiedsgericht wird über die Streitfrage zu entscheiden haben.

Die öffentlich-rechtlichen Geldinstitute in der Provinz Westfalen am Jahresschluß 1921.

Die westfälischen Sparkassen können auf ein günstiges Jahr zurückblicken. Die Spareinlagen haben einschließlich der am Jahresschluß gutgeschriebenen Zinsen eine Vermehrung von über ½ Milliarde Mark erfahren. Sie betragen jetzt etwa 5½ Milliarden Mark, die sich auf 2½ Millionen Sparbücher verteilen. Auch der Scheck- und Kontokorrentverkehr hat sich stark entwickelt. Die westfälischen Sparkassen verfügen jetzt über 63 900 Konten mit einem Guthaben von 928 Millionen Mark.

Die Landesbank der Provinz Westfalen in Münster kann ebenfalls auf ein sehr erfolgreiches Jahr zurückblicken. Sie konnte im vergangenen Jahr den westfäl. Städten, Kreisen und sonstigen öffentlich-rechtlichen Korporationen an langfristigen Darlehen den gewaltigen Betrag von 310 Millionen Mark zuführen, von denen 246 Millionen Mark ausgezahlt wurden, während der Rest auf Abruf zur Verfügung steht. Von diesen Darlehen wurden 72 Millionen Mark als unkündbare Tilgungsdarlehen, der Rest als Tilgungsdarlehen auf 10 Jahre gewährt. Der Rest an langfristigen Tilgungsdarlehen der Landesbank ist damit auf 700 Millionen Mark gestiegen. Dazu kommen noch an kurzfristigen Krediten 300 Millionen Mark, sodaß der Gesamtbetrag der Kommunalkredite der Landesbank am Jahresschluß den Betrag von einer Milliarde Mark erreicht hat. Die Landesbank ist bekanntlich die größte deutsche Kommunalbank. Der Umsatz ist von 14 Milliarden Mark auf 24 Milliarden Mark gestiegen. Die Scheckabteilung vermittelte den Einzug von 200 000 Schecks im Gesamtbetrage von 800 Millionen Mark gegen 88 000 Stück mit 309 Millionen Mark im Vorjahre.

Das Westfälische Pfandbriefamt für Hausgrundstücke, das mit der Landesbank verbunden ist, hat im Herbst des vergangenen Jahres seine Tätigkeit begonnen. Die Entwicklung wird dadurch gehemmt, daß für die Beleihung von Grundstücken, wie bei allen öffentlichrechtlichen Kreditinstituten, im Wesentlichen noch die Vorkriegstaxen maßgebend sind.

Die westfälische Provinziallebensversicherungsanstalt die ebenfalls mit der Landesbank verbunden ist, konnte ihren Bestand an Lebensversicherungen im vergangenen Jahre verausgaben. Dieser Bestand beträgt jetzt 125 Millionen Mark in über 30 000 Versicherungen. Ein Beweis, daß es dieser jungen, erst während des Krieges gegründeten Anstalt gelungen ist, in Westfalen festen Boden zu gewinnen.

Aus der Provinz.

Der Kreisvorstand der Zentrumspartei Dortmund-Hörde zur Kandidatur Gronowskis und zum Eisenbahnerstreik.

Eine Kreisvorstandssitzung der Zentrumspartei Dortmund-Hörde fand Freitag abend im katholischen Gesellenhause zu Dortmund statt. Neben den geschäftlichen Angelegenheiten befaßte sich die zahlreich besuchte Versammlung mit dem neuen Parteiprogramm, mit Steuerfragen, dem Eisenbahnerstreik und mit der

Kandidatur des Abgeordneten Gronowski

zum Oberpräsidenten von Westfalen. Zur letzteren Frage wurde einstimmig folgende Entschließung angenommen:

„Der Kreisvorstand der Zentrumspartei Dortmund-Hörde spricht in seiner heutigen Tagung sein tiefes Bedauern darüber aus, daß ein westfälisches Zentrumsblatt gegen die Kandidatur des Landtagsabgeordneten Gronowski als Oberpräsidenten von Westfalen in persönlich gehässiger Form Front gemacht und daß auch in Versammlungen des Westfälischen Bauernvereins in einseitiger Weise zu derselben Frage Stellung genommen ist. Der Vorstand der Zentrumspartei Dortmund-Hörde spricht dem Herrn Abgeordneten Gronowski sein volles Vertrauen aus."

Diese Entschließung soll dem Vorstande der westfälischen Zentrumspartei, den Zentrumsfraktionen des preußischen Abgeordnetenhauses und des westfälischen Provinziallandtages zur Kenntnis gebracht werden. Wir wollen uns auf die weitere Mitteilung beschränken, daß die Redner aus allen Berufskreisen einhellig die Form beklagten, in welcher ein westfälisches Zentrumsblatt den hochverdienten Abg. Gronowski angegriffen hat. Wir haben es bisher für richtig gehalten — und halten es auch jetzt noch für richtig —, solch delikate Personenfragen möglichst aus der öffentlichen Erörterung auszuschließen, wenigstens so lange, bis alle zuständigen Instanzen gehört sind. Es ist noch der Provinzial-Ausschuß zu hören, auch hat das Ministerium selbst noch keine Stellung genommen.

Was die Steuerfragen angeht, so ist beschlossen worden, den Versuch zu machen, Herrn Finanzminister Dr. Hermes für eine Zentrumsversammlung in Dortmund zu gewinnen, ferner in planmäßiger Weise die breiter Volksmassen über die Steuerfragen aufzuklären.

Bezüglich des Eisenbahnerstreiks

wurde beschlossen, die Reichstagsfraktion des Zentrums zu ersuchen, mit aller Kraft dafür einzutreten, daß die Gehälter der unteren und mittleren Beamten alsbald einer Nachprüfung unterzogen werden, um einen den Verhältnissen mehr entsprechenden Ausgleich zu erzielen.

Zeitglossen.

Etwas aus der Kinderstube . . .

„Wie fein und lieblich ist es doch, wenn Brüder einträchtig beieinander wohnen — sagt ein Bibelwort. Aber bei vielen ist die Zeit, da sie diesen Spruch auswendig lernen mußten, anscheinend (trotz aller Jugend in Aussehen und Lebensanschauung) schon lange her und sie halten's mehr mit weltlichen Dingen: Höflichkeit ist eine Zier, doch weiter kommt man ohne ihr. Oder — auf einen groben Klotz gehöre ein noch gröberer Keil. Erfahrungsgemäß jedoch haben manche der als billige Scheidemünzen im Verkehr gebräuchlichen Sentenzen, Sprichwörter und Lebensweisheiten den Haken, daß sie nur bedingt echt und richtig sind. Oft stolpert man, wenn man sich alleine daran festhält.

Sehr schön ist es, wenn der aus wahrer Herzensbildung herauskristallisierte „Takt" der Wegweiser ist, der unsere lieben Mitmenschen auf ihren Pfaden leitet. Das ist dann angeborene „Kinderstube" und für Papiermark nicht mehr zu kaufen. Selbst, wenn die Valuta steigt. Was übrigens manche von denen, die dies angeht, nicht gerne sehen.

Schade, daß der vielgenannte alte Freiherr aus dem XVII. Jahrhundert nicht mehr lebt. Er könnte jetzt einen „Eisen- und Straßenbahnknigge", einen „Theater- und Konzertknigge" schreiben. Neue Aussichten täten sich für ihn auf. Er müßte es natürlich ganz anders machen! Und welche Winke könnte er den heutigen Herren im Cutaway und gelben Gamaschen und den Damen in Seidenjumper und Pagenfrisur geben . . . Auch den uniformierten und nichtbetreßten Angestellten und Beamten im öffentlichen Verkehr.

Zum Beispiel: Gehst du ins Theather, dann mußt du in der Garderobe sofort mit dem Rücken an die Wand oder in diesem Falle vielmehr mit mit dem schöneren Gegenstück an den Kleidertisch kommst. Alles andere muß dir gleichgültig sein. Hast du einen Eckplatz, dann stehe niemals auf, wenn sich jemand noch durchquetscht. Auch sage um Gotteswillen nicht „danke", wenn einer so dumm sein sollte, dir Platz zu machen. Und fühlst du das Bedürfnis, während der Vorstellung deiner Freundin etwas Wichtiges mitzuteilen, dann flüstere nicht ins Ohr, sondern sage es laut. Sonst beschweren sich am Ende noch die Künstler auf der Bühne, sie hätten es nicht gehört . . . Bist du im Konzert, dann stecke dir möglichst bald mindestens eine Zigarette an. Die Sänger schätzen das sehr. Es soll der Stimme besonderen „Reiz" geben. — — In einem Beethovenwerk klatschest du spätestens nach dem Andante, und bist du in einem Trauerspiel, dann bedenke, daß man bekanntlich zum „Amusement" ins Theater geht.

Uebrigens, da ich beim Rauchen war . . . Bist du auf der Straßenbahnplattform, dann rauche, rauche, rauche. Auch wenn es so voll ist, daß du den Stummel nicht mehr aus dem Munde nehmen kannst. Deine Vorder-, Neben- und Hinterleute sind selbst für ihre Kleider verantwortlich, wenn Funken darauf fallen. Weshalb passen sie nicht auf! — Bist du aber Schaffner und der Durchgang steht voll von Menschen, die einen Wagenneuling nicht gleich bemerken, dann gib laut und deutlich deine Kommandos. Man ruft auch ein Pferd an, wenn man zu ihm in den Stand tritt . .

Stadtverordnetensitzung in Castrop.

♂ Castrop, den 4. Febr. 1922.

Das Stadtverordnetenkollegium war zur ersten Sitzung des Jahres fast vollzählig erschienen. Am Magistratstisch hatten zu Beginn der durch den alten Vorsteher Dr. Pegels eröffneten Sitzung die Herren Bürgermeister Wynen, die Beigeordneten Schmitz und Rediger, sowie die Ratsherren Baeutsch, Becker und Dr. Ortmann Platz genommen.

1. Einführung zweier neuer Stadtverordneter.

Die Einführung der für die Herren Andrzejewski und Maralwa eingetretenen neuen Stadtverordneten Simon Cohen und Martin Jähn erfolgt in der üblichen Weise.

Stadtv. Simon Cohen übernimmt als Alterspräsident die Leitung der Wahl des Stadtverordnetenvorstehers.

2. Neuwahl des Stadtverordnetenvorstandes.

Vor Eintritt in die Wahl wird auf Antrag des Stadtv. Dr. Pegels eine Aenderung der Satzungen der Stadtverordnetengeschäftsordnung vorgenommen. Da sich Unzuträglichkeiten ergeben haben, sollen statt der bisherigen beiden gleichberechtigten Stellvertreter des Stadtverordnetenvorstehers ein erster und ein zweiter Stellvertreter gewählt werden.

Durch Zettelwahl werden zum Vorsteher Dr. Pegels, zum 1. Stellvertreter H. Meyer und zum 2. Stellvertreter D. Meyer einstimmig gewählt.

Die bisherigen Schriftführer Krampe und Berg wurden wiedergewählt.

Herr Krampe, der dem Kollegium nicht angehört, wird darauf gemäß der Vorschrift vom Bürgermeister neu vereidigt.

3.) Neuwahl von Kommissionen.

Satzungsgemäß sind neuzuwählen Finanz- und Verwaltungsausschuß.

In den Finanzausschuß kamen die Herren Dr. Pegels, Rinke, Koch, O. Lambertz, H. Meyer, D. Meyer, Porankiewicz und Frau G. Hoffmann.

In den Verwaltungsausschuß wurden gewählt die Herren Rinke, Tillmann, Koch, O. Lambertz, H. Meyer, D. Meyer, H. Lambertz und Jaehn.

4.) Ersatzwahl für die Baukommission.

Aus der Baukommission ist Herr Andrzejewski ausgeschieden. Auf Vorschlag der Polen wird als Ersatz der Bergmann Thomas Strigyzki, Bladenhorsterstr. gewählt.

5. Bewilligung einer Beihilfe für das Deutsche Kriegerkurhaus Davos-Dorf (Schweiz).

Magistrat hat die Bewilligung eines Betrages von 300 Mark beschlossen.

Ohne Erörterung wurde dem Antrag des Magistrats seitens der Stadtverordneten nach Befürwortung durch den Vorsitzenden zugestimmt.

6. Uebernahme der erhöhten Kosten für das Mieteinigungsamt.

Der Zweckverband des Mieteinigungsamtes Castrop, Rauxel und Sodingen hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, infolge der Vermehrung der Arbeiten und der allgemeinen Erhöhung der Teuerung, die Vergütung an den Vorsitzenden des Mieteinigungsamts vom 1. 10. 1921 ab auf 15 000 Mk. jährlich zu erhöhen. Ferner sind aus denselben Gründen auf Antrag des Magistrats ab 1. 4. 1921 die der Stadt Castrop entstehenden sächlichen Kosten (Bureau, Licht und Brand) von 1800 Mk. auf 3000 Mk. jährlich erhöht und die durch die Gestellung des Schriftführers und der Bureauhilfe der Stadt Castrop entstehenden persönlichen Kosten auf ¾ der jeweiligen Bezüge des Schriftführers Berg festgesetzt (bisher 15 000 Mk.). Durch diese Erhöhungen der persönlichen und sächlichen Kosten entstehen dem Zweckverband als Träger der Kosten für das Mieteinigungsamt Mehrausgaben von 32 340 Mk. jährlich. Nach den Satzungen des Zweckverbandes werden die Kosten des Mieteinigungsamtes zu je 1/3 von der Stadt Castrop und den Aemtern Sodingen und Rauxel getragen, sodaß auf die Stadt Castrop eine Mehrausgabe von 10 780 Mk. entfällt. Dieser Mehrausgabe steht eine Mehreinnahme von 23 340 Mk. gegenüber.

Der Magistrat beantragt, die erhöhten Kosten anteilig zu übernehmen. Die Finanzkommission hat diesem Antrage zugestimmt.

Es gelangt eine Eingabe des Castroper Haus- und Grundbesitzervereins zur Verlesung, in der Klage geführt wird über die Verteilung der Kosten am Mieteinigungsamte in Castrop. In 95 von 100 Fällen würden damit die klagenden Vermieter belastet. Die Hausbesitzer müßten, bevor hier Abhilfe geschaffen würde, die Uebernahme weiterer Unkosten und Belastungen ablehnen.

Stadtv. Altenhein unterstützt die Eingabe und bemerkt, daß die Kosten oft die Höhe der zugesprochenen Jahresmiete überstiegen. Er bittet den Vorsitzenden des Mieteinigungsamtes, die Kosten so zu verteilen, daß die begreifliche Erregung in Hausbesitzerkreisen schwinde.

Ratsherr, Justizrat Becker äußert als Vorsitzender des Mieteinigungsamtes, daß die Kostenverteilung nach den gesetzlichen Bestimmungen vorgenommen würde und nicht vom Vorsitzenden allein, sondern im Einvernehmen mit den Mieter- und Vermieterbeisitzern zu erfolgen habe. Sie sei stets einstimmig erfolgt. Auch die Mieterkreise seien mit dem Mieteinigungsamte nicht zufrieden. Der Grund für diese beiderseitige Erregung der Parteien liege tiefer und sei in der Wohnungsnot auf beiden Seiten zu suchen. Die Mieter könnten keine Wohnungen finden und die Vermieter sie nicht instandhalten. Er klebe nicht an diesem Amte, sondern sei gern bereit, es jeden Tag niederzulegen. Daß die Vermieter häufiger die Kosten zu tragen haben, rühre daher, daß sie meist als Kläger aufträten.

Stadtv. Tillmann bemerkt hierzu, daß die Vermieter mehr Anträge stellten, komme daher, daß sie durch das Verhalten der Mieter dazu gezwungen würden. Man müsse auch auf dem Wohnungsmarkte wie sonst überall mit der Zwangswirtschaft abbauen und dabei mit den gewerblichen Räumen beginnen.

Stadtv. H. Lambertz stellte der 150%igen Erhöhung der Vergütung für den Vorsitzenden des Mieteinigungsamtes die mit Ach und Krach erreichten 60% Mietaufschlag gegenüber.

Stadtv.-Vorst. Dr. Pegels bemerkt, daß man nicht über Abbau und Entscheidungen des Mieteinigungsamtes zu verhandeln habe, sondern nur über die Kostenfrage.

Stadtv. O. Lambertz bringt Beschwerden von Hausbesitzern darüber vor, daß man am Mieteinigungsamte davon abgegangen sei, wie in der ersten Zeit den § 10 des Stegerwaldschen Erlasses betr. Angemessenheit der Miete heranzuziehen. Wer 1914 sich mit einer niedrigen Miete begnügt habe, würde dadurch jetzt gestraft.

Ratsherr Becker: Das geschieht nach wie vor. Wenn Zweifel über die Angemessenheit der Miete von Juli 1914 bestehen, werden Sachverständige herangezogen und die Angemessenheitsmiete nach deren Gutachten unter Berücksichtigung des genannten Paragraphen festgesetzt.

Stadtv. Klein richtet an den Magistrat die Anfrage, ob man sich auch bemüht habe, ob nicht eine billigere Kraft zu bekommen sei. Ihm habe man auch s. Zt. den Stuhl vor die Tür gesetzt, weil er als städtischer Arbeiter durch billigere Kräfte ersetzt werden konnte.

Bürgermeister Wynen: Das ist nicht Sache des Magistrats sondern des Zweckverbandes. Ich glaube nicht, daß für diese unangenehme Aufgabe ein anderer richterlicher Herr billiger oder überhaupt zu finden ist.

Stadtv. Altenhein will einen Antrag stellen, daß bei einem Vergleiche die Kosten dem Schuldigen auferlegt werden sollen.

Stadtv.-Vorst. Dr. Pegels: Sie können hier gar keinen Antrag stellen. Einmal ist dafür die Stadtverordnetenversammlung nicht zuständig, dann aber entstehen bei einem Vergleich auch gar keine Kosten.

Stadtv. Rinke führt aus, daß er als mehrfacher Häuserverwalter wisse, daß den Hausbesitz stark der Schuh drückt. Aber bei 500 vorgemerkten Wohnungssuchenden dürfe man vor der Not der Mieter die Augen nicht verschließen. Man müsse für Abhilfe sorgen. Er frage den Magistrat, was er in der Bekämpfung der Wohnungsnot zu tun gedenke.

Stadtv.-Vorst. Dr. Pegels sagt, daß die Angelegenheit noch bei m Punkt 4 der Tagesordnung zur Sprache kommen würde.

Der Magistratsantrag wurde darauf angenommen.

7. Anpachtung eines Grundstückes von der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktien-Gesellschaft für die Errichtung eines Spielplatzes.

Der Arbeitsausschuß für Leibesübungen des städtischen Jugendpflegeausschusses hat die Herrichtung von Spielplätzen für die Schulen u. für die heranwachsende Jugend beantragt, da der einzige städtische Spielplatz an der Bladenhorsterstraße in seinen Abmessungen zu klein und für die meisten Schulen schwer zu erreichen ist.

Die Gelsenkirchener Bergwerks-Aktien-Gesellschaft ist bereit den ihr gehörigen an der Karlstraße gelegenen Platz (früheres Ziegeleigelände) gegen einen jährlichen Pachtzins von 50 Mk. der Stadt als Spielplatz zur Verfügung zu stellen.

Magistrat und Finanzkommission haben beschlossen, den Abschluß eines entsprechenden Vertrages mit der Gelsenkirchener Bergwerks Aktien-Gesellschaft zu tätigen. Der Platz hat die Ausmessungen 60×110 Meter.

Stadtv. Stanlewski gibt namens der Polen seiner Freude über die Anpachtung des Platzes Ausdruck. Er hofft, daß den polnischen Sportvereinen auch die Sportplätze zur Verfügung stehen.

Stadtv. Klein führt aus, daß die polnischen Sportvereine dem Ortsausschuß für Jugendpflege nicht angeschlossen sind. Nur angegliederte Vereine können satzungsgemäß die städtischen Plätze benutzen.

Ratsherr Dr. Ortmann macht gleiche Ausführungen.

Stadtv. Tillmann rat Anlage einer Eisbahn an, da der Schlon jetzt entsumpft ist. Laufen auf dem Bladenhorster Graben und Kanal sei gefährlich.

Ratsherr Dr. Ortmann glaubt, daß sich die Anregung auf den Schlingermannschen Wiesen bei Entgegenkommen des Besitzers verwirklichen läßt.

Der Pachtvertrag wird genehmigt.

8. Erhebung von Zuschlägen zur staatlichen Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues

Nach der auf Grund des Reichsgesetzes vom 22. Juli 1921 erlassenen Verordnung des Ministers für Volkswohlfahrt und des preußischen Finanzministers vom 22. 11. 1921 werden bis auf weiteres in Preußen vom 1. Oktober 1921 ab als Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues Zuschläge zur staatlich veranlagten Gebäudesteuer erhoben. Der staatliche Zuschlag beträgt allgemein 5 Prozent des Gebäudesteuernutzungswertes.

Die Gemeinden sind verpflichtet, zu den staatlichen Zuschlägen ihrerseits Zuschläge in gleicher Höhe zu erheben. Höhere Zuschläge sind zugelassen.

In einer am 15. 12. 1921 von dem Verbandspräsidenten des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk einberufenen Versammlung der Vertreter der Kreise und Städte hat man sich für den Bezirk des rhein.-westf. Industriegebietes allgemein für die Erhebung eines einheitlichen gemeindlichen Zuschlages in Höhe des dreifachen Betrages der staatlichen Abgabe ausgesprochen, also 15 Prozent des Gebäudesteuernutzungswertes, sodaß insgesamt 20 Prozent des Gebäudesteuernutzungswertes erhoben werden. Ein Zuschlag von 5 Prozent wurde zur Ergreifung von ausreichenden Maßnahmen zur Behebung der Wohnungsnot als zu gering angesehen.

Die Verpflichtung zur Erhebung der Wohnungsabgabe ist grundsätzlich den Kreisen übertragen. Stadtgemeinden mit 10 000 Einwohnern ist auf Antrag das Recht zur selbständigen Erhebung und Verwendung der gemeindlichen Zuschläge zu erteilen. Der Stadt Castrop ist dieses Recht durch den Verbandspräsidenten inzwischen erteilt.

Der Magistrat und die Finanzkommission haben die Erhebung eines gemeindlichen Zuschlages in Höhe des dreifachen Betrages der staatlichen Abgabe beschlossen. Das jährliche Aufkommen stellt sich voraussichtlich auf rund 150 000 Mark.

Ueber die Verwendung der Abgabe werden Vorschläge ausgearbeitet und demnächst der Stadtverordnetenversammlung unterbreitet.

Die Abgabe ist 20 Jahre lang zu erheben. Die Stadt würde jährlich im Ganzen mit dem Staatsanteil 175 000 Mark einbekommen. Es ist vorgesehen, eine in 20 Jahren zu amortisierende Anleihe für Wohnungsbauzwecke in Höhe von 1 750 000 Mk. aufzunehmen.

Bürgermeister Wynen: Ueber die Verwendung erfolgt noch eine besondere Vorlage. Heute steht nur die Besteuerung zur Verhandlung.

Otto Lambertz befürwortet die Vorlage, weil unbedingt gebaut werden muß. Die Stadt muß weiter gehen. Es geschieht zur Bekämpfung der Wohnungsnot zu wenig. Wir müssen höhere Beträge zur Verfügung stellen, wie es andere Städte auch tun.

Stadtbaurat Schmitz: Die Stadt hat mit der Baugenossenschaft rechtzeitig zu noch billigem Preise von ca. 40 000 Mk. je Wohnung 40 Wohnungen geschaffen und 310 000 Mk. Zuschuß geleistet. Der Magistrat hat 1921 infolge des ungünstigen Verfahrens der Reichs- und Staatsdarlehn und bei der Teuerung im Bauwesen (Wohnung 100—120 000 Mk.) Abstand von weiteren Bauanträgen genommen. Jetzt hat sich der Magistrat bereits mit der Wiederaufnahme des Bauens befaßt, ebenso auch die Baukommission. Demnächst werden Vorschläge erfolgen. Es sollen Baulustige auch unterstützt werden und nicht alles für Siedlungsbauten vorgesehen werden.

Ratsherr Baeutsch befürchtet, daß die neue Abgabe zu viel auf die Mieter abgewälzt wird.

Stadtv. Klein wünscht die Einführung einer Wohnungsluxussteuer für zu große Wohnungen. Eine städtische Kommission soll 26 Wohnungen gefunden haben, für die die gesetzlichen Maßnahmen zur Rationierung fehlten. Hierfür wäre die Wohnungsluxussteuer angebracht.

Stadtv.-Vorst. Dr. Pegels meint, daß die Wohnungskommission die Macht hätte, sich durchzusetzen. Für übergroße Wohnungen kämen mit Genehmigung der obersten Landesbehörde nach Maßgabe noch aufzustellende Grundsätze besondere Steuern erhoben werden. Es fehlen noch die Unterlagen. Ich erhoffe wohl etwas von einer Rationierung aber nicht viel von einer Luxussteuer, da deren Ertrag die Jahresmiete nicht übersteigen darf.

Beigeordneter Rediger glaubt, daß die Wohnungsfürsorge immer schwieriger wird. Bei Mietern und Vermietern läßt sich die Notlage nicht leugnen. Doch sollen Schärfen vermieden und die Abwehrmaßnahmen nur von rein volkswirtschaftlichem Standpunkte aus betrachtet werden. Als wir vor 3 Jahren die Baugenossenschaft von der Stadt unterstützten, lag ein Protest der Haus- und Grundbesitzer vor. Wir hätten damals mehr tun sollen. Jetzt sind Not und Kosten größer gedacht worden. Aber trotzdem muß jetzt energisch an Abhilfe gedacht werden.

Stadtv. O. Lambertz erwidert Ratsherrn Baeutsch, daß durch die neue Belastung die Vermieter wohl stark belastet würden, weil der durch sie bedingte Aufschlag viele Mietserhöhungen erschweren werde.

Stadtv. Simon Cohen stellt anheim, statt 15% nur 5% zu erheben, da die Hausbesitzer stark belastet werden.

Stadtv. Koch führt als Mitglied der Wohnungskommission aus, daß auch Mieter die Abgabe von Zimmern verweigert haben. Nicht nur Vermieter machten Schwierigkeiten.

Stadtv. Tillmann legt dar, daß die Hausbesitzer nicht gegen die Vorlage seien.

Stadtbaurat Schmitz: Die Wohnungskommission hat nicht nur 26 Fälle, sondern über 100 Rationierungsfälle erledigt. Um was für 26 besondere Fälle es sich handelt, ist nicht zu ersehen. Durchführung der Anträge ist Sache des Wohnungsamtes, nicht des Magistrats.

Stadtv.-Vorst. Dr. Pegels bittet in derartigen Fällen von Beschwerden dem betreffenden Magistratsmitgliede vorher Mitteilung zu machen, damit dieses sich auf Beantwortung vorbereiten kann. Im übrigen kann Herrn. Klein die Angaben gemacht hat, in der Wohnungskommission selbst seine Beschwerden durchsetzen.

Die Abgabe in Höhe von 15% wurde darauf genehmigt.

9. Einrichtung von Begabte-freistellen am Realgymnasium i. C.

In der Sitzung des Kuratoriums für das Realgymnasium vom 18. 7. 1919 sowie anläßlich der Etatsberatung in der Stadtverordnetenversammlung vom 2. Juli v. Js. wurde die Anregung gegeben, hochbegabten Kindern minderbemittelter Eltern den Besuch der höheren Schulen zu ermöglichen durch Schaffung von Freistellen.

Die zuständige Kommissionen haben nach eingehender Prüfung der Angelegenheit beschlossen, Freistellen zunächst am Realgymnasium zu schaffen.

Magistrat und Finanzkommission sind diesen Beschlüssen beigetreten und zwar sollen die ersten 4 Begabtenfreistellen mit Wirkung von Ostern 1922 ab eingerichtet werden.

Stadt. Vorst. Dr. Pegels befürwortet die Vorlage. Er hält einzelne Paragraphen der vorgelegten Satzung für abänderungsbedürftig, so glaubt er, daß die Zahl der von einzelnen Schulen vorzuschlagenden Kinder zu groß und die Zeit der Beobachtung der Kinder durch die Prüfungskommission zu knapp bemessen sei.

Stadtv. Thomas stimmt dem Vorredner im wesentlichen zu, bittet aber das Urteil der Lehrer zu berücksichtigen.

Stadtv. Tillmann macht ähnliche Ausführungen. Er hält den Vorschlag von 1—2 Schülern von jedem System für ausreichend. Er vermißt das Wort „minderbemittelt".

Ratsher Dr. Ortmann antwortet, daß letzteres auf ein Versehen zurückzuführen sei. Der Antrag hat in den verschiedenen Kommissionen eine mannigfache Wandlung erfahren. Ursprünglich war nur mit der Auswahl von 4—5 Kindern im ganzen gerechnet. Durch eine Vorauslese an den einzelnen Schulen und am Realgymnasium soll die Begabung festgestellt werden. Daneben kommt auch die sittliche Qualifikation in Frage. Nicht einverstanden bin ich mit dem Vorschlage, daß von jeder Schule nur 1 Schüler ohne Nachprüfung entsandt werden soll, weil das zu Unzuträglichkeiten führte.

Die Vorlage und das Statut werden genehmigt. Für den vorgesehenen Ausschuß sollen in spätestens 8 Tagen in Verbindung mit einer in der Eingemeindungsfrage abzuhaltenden geheimen Sitzung die Mitglieder gewählt werden.

10. Errichtung einer zweiten Sexta am Realgymnasium.

Mit Rücksicht auf die große Anzahl der erfolgten Anmeldungen zu Ostern 1922 (96 für die Sexta) ist die Errichtung einer 2. Sexta am Realgymnasium erforderlich, um eine Abweisung der zum Teil aus den umliegenden Gemeinden stammenden Schüler zu vermeiden.

Das Kuratorium für das Realgymnasium und der Magistrat haben nach eingehender Beratung die Einrichtung der geforderten Klasse beschlossen und zur Unterbringung derselben die seinerzeit angekaufte Schulbaracke zur Verfügung zu stellen.

Die Einrichtung einer 2. Sexta erfordert voraussichtlich folgende Ausgaben:

a) einmalige Ausgaben:

1. Ankauf d. Baracke pp (bereits vorhanden)	40 000 Mk.
2. Aufstellung derselben und Beschaffung der erforderlichen Schulutensilien	60 000 Mk.
Summa	100 000 Mk.

welche durch eine Anleihe aufzubringen wären,

b) laufende Ausgaben:

1. für eine Lehrkraft (Studienassessor) Gehalt	37 000 Mk.
2. für Instandhaltung der Baracke	2 000 Mk.
3. für Heizung und Reinigung der Baracke	4 000 Mk.
4. für Verzinsung und Tilgung der Anschaffungskosten (4½% Zinsen 6½% Amortisation	11 000 Mk.
Summa	54 000 Mk.

c) Einnahmen:

Schulgeld für 45 auswärtige Schüler à 900 Mk. = 40 500 Mk.

oder bei einer Erhöhung des Schulgeldes auf 1200 Mk. für auswärtige Schüler 45×1200 Mk. = 54 000 Mk.

Die Finanzkommission hat dem Magistratsbeschluß zugestimmt.

Stadtv. D. Meyer bittet trotz der schweren finanziellen Belastung der Vorlage zuzustimmen.

Der Antrag wird angenommen.

11. Neuregelung der Vergütungen für die Erteilung des nebenamtlichen Unterrichts an der städtischen Berufsschule, dem Realgymnasium und der Höheren Mädchenschule.

Zwischen der Rheinisch-Westfälischen Schulvereinigung, den Vertretern des Handels-, des Unterrichts-, Finanz- und Landwirtschaftsministerium und des preußischen Städtetages sind am 20. Dezember 1921 für alle Schulgattungen die Vergütungssätze für den neben amtlich erteilten Unterricht mit Wirkung vom 1. Januar 1922 ab einheitlich vereinbart worden.

Für die Berufsschulen kommt hiernach ein Satz von 20 Mk. für die Einzelstunde und von 800 Mk. für die Jahreswochenstunde in Frage. Lehrer, die ohne besondere Vorbildung unterrichten, erhalten eine Vergütung von 16 Mk. für die Einzelstunde.

Bei dem Realgymnasium und der Höheren Mädchenschule beträgt die Vergütung für Lehrer und Beamte, deren Eingangsstelle im Hauptamte zur Gruppe 10 oder zu einer höheren Gruppe der Besoldungsordnung gehört, sowie nichtbeamtete Lehrkräfte, deren Vorbildung der vorbezeichneten entspricht 25 Mk. für die Einzelstunde oder 1000 Mk. für die Jahreswochenstunde, für alle übrigen Lehrkräfte 20 Mk. für die Einzelstunde oder 800 Mk. für die Jahreswochenstunde.

Die zuständigen Kuratorien, der Magistrat und die Finanzkommission haben der vorstehenden Vereinbarung zugestimmt.

Die Mehrausgaben für die Zeit vom 1. 1. bis 31. 12. 1922 betragen insgesamt:

bei der Fortbildungsschule	7680 Mk.
beim Realgymnasium	890 Mk.
bei der Höheren Mädchenschule	1550 Mk.
insgesamt	10 120 Mk.

Die Vorlage wurde angenommen. Die Erhöhung des Schulgeldes soll bei Gelegenheit der Etatsberatung besprochen werden.

Außerhalb der Tagesordnung wurde erneut die Trommel- und Pfeifenfrage des St. Barbaraknappenvereins angeschnitten; dabei ging es so lebhaft zu, daß das Glöckchen des Vorstehers in Tätigkeit treten und Ausdrücke wie „Gemeinheit", „Lüüner", „Verleumdung" und „des Maul" als unparlamentarisch zurückgewiesen werden mußten.

Die 1. Stadtverordnetensitzung von 1922

Ungemein viel Redewasser floß in der ersten Sitzung der Stadtverordneten über die Parlamentsmühle. Mitunter plätscherte es in behaglich kanneigießender Weise, aber manchmal brauste es wildbrausend auf und trat über die Ufer des Pulsfaden, sodaß einmal sogar die Glocke des Präsidenten dazwischenklang und Ausdrücke wie „Lüüner", „Verleumdung", „Gemeinheit" als unparlamentarisch bezeichnet werden mußten. Vier volle Stunden wurden somit für 11 Punkte hingeblättet, für die bei etwas mehr Konzentration auf die Vorlagen füglich ausreichend erachtet hätte. Es wurde viel Politik und Tendenz hinaus und neben der Sache hergemacht. Der Gipfel in dieser Hinsicht erklomm Stadtv. Altenhein, als er den Antrag stellen wollte, die Stadtverordneten von Castrop sollten den Vorsitzenden des Mieteinigungsamtes für die Kostenverteilung bei Vergleichen vor dem Mieteinigungsamte eine gebunden Marschroute mit auf den Weg geben. Er mußte sich belehren lassen, daß Castrops Stadtparlament nicht souveräner Zweckverband Castrop-Rauxel-Sodingen sei und daß überdies weit hat Vergleichen dieser Art noch dem Gesetz keinerlei Kosten für die Parteien entstehen, auch im bevölkerungsdeutschland das ein wenig imperialistisch klingende Wort: „Wo nichts ist, hat der Kaiser sein Recht verloren!" noch Geltung hat.

Höhlich einmütig wurde die Neuwahl des Vorstandes erledigt. Sie gab dem wiedergewählten Stadtv. Cohen als Alterspräsidenten die erste Arbeit. Als einstimmig der Vorsteher Dr. Pegels wiedergewählt war vertauschte Cohen den Sitz im Sessel des Präsidenten wieder mit seinem Platz auf dem rechten Flügel der auf 5 Mitglieder zusammengeschrumpften bürgerlichen Fraktion. Der Vorsitz wechselte wiederholt in die Erscheinung getretene Meinungsverschiedenheit zwischen den beiden Namensvettern Meyer fand statt der gleichberechtigten Stellvertreter des Vorstehers einen ersten und zweiten Stellvertreter wählen.

In der Parteien Haß und Gunst schwankte bei der Bewilligung der Unkosten des Mieteinigungsamtes dessen Vorsitzender in der — Erörterung. Aber als berufsmäßiger Anwalt führte er geschickt und sachlich die Verteidigungswaffe.

Weniger sachlich und ruhig ging es bei der dritten (!) Auflage der Trommeln- und Pfeifengeschichte des St. Barbaraknappenvereins zu. Hier gingen namentlich auf Seite der Sozialdemokraten die Wogen der Erregung hoch. Allgemeine Heiterkeit erregte Stadtv. H. Lambertz mit der Erklärung, daß ihm in einer Sitzung, an der nur Mitglieder des A.- und S.-Rates teilgenommen hätten, ein funkelnagelneuer „Baraplü" vorgekommen sei. Man könne also schon annehmen, daß auch noch sonstige Sachen verschwunden seien. Den gleichen Inhalt hatten nach den Darlegungen der Stadtverordneten Koch und Graf auch ihre vom Stadtv. Klein angegriffenen Ausführungen, die sie auf Grund amtlicher Angaben gemacht hätten. Auch der Hinweis Kleins, daß man schon 1917, „als der Wilhelm noch wirtschaftete", nach den Trommeln und Pfeifen gesucht habe, veranlaßt die beiden nicht, etwas von diesem Inhalte ihrer Ausführungen zurückzunehmen. Als das Wort fällt, man wisse ja allgemein, wie der A.- und S.-Rat gehaust habe und wie es bei ihm auf dem Büro ausgesehen habe, bitten Klein und Frau Hoffmann es für nötig, mit erhobener Stimme an Kriegsfahrten des A.- und S.-Rates nach Idern und Sodingen, an den Schützengraben der 14 Mann an der Wilhelmstraße und an die Bürger, die sich vor Angst die Kipfelmütze über die Ohren zogen, zu erinnern. Mit einer schrillen Disharmonie endet die Sache. Stadtv. Klein beantwortet die Einladung des Vorsitzenden zu einem sich der Sitzung anschließenden interfraktionellen Bierabend bei Haller ablehnend mit den Worten: „Und mit Menschen, die so undankbar sind, soll man Bier trinken gehen!"

Erfreulicher als dieses war die Fürsorge für die Jugend. „Freie Bahn dem Tüchtigen" wurde durch die Schaffung von Begabtenfreistellen am Realgymnasium in die Tat umgesetzt. Auch die Errichtung eines neuen Sportplatzes an der Karlstraße und die Aussicht auf eine Eislaufbahn gehören hierher.

Bei der Besprechung der Errichtung einer zweiten Sexta flossen ein paar Säße in die Debatte, die für die Zukunft ein wenig rosiges Bild vermuten lassen. 590 00 0Mark minus weiß allein das Realgymnasium auf! Einen Trost für die steuerzahlenden Bürger bildete die mehrfach betonte Absicht, schon in den Vorarbeiten in den Ausschüssen beim Etat „abzuknöppen", was eben möglich sei. Hoffentlich wird dieses Versprechen der Stadtväter sich ohne Verletzung von begründeten Ansprüchen, welche die Bürgerschaft an städtischen Einrichtungen zu stellen berechtigt ist, ermöglichen lassen.

Nachrichten aus Westdeutschland.

* Recklinghausen. (Gegen die Pfarrhaus-Komödie.) Kurz vor dem Weihnachtsfeste brachte der hiesige Freidenker-Verein die „Pfarrhaus-Komödie" von Lautensack dreimal zur Aufführung. Die Katholiken der Stadt protestierten wenige Tage darauf in einer Massenversammlung gegen diese Besudelung der Ehe, ihrer Priester und gegen die Verzerrungen und Schmähungen kirchlicher Einrichtungen. Die Freidenkerschaft veranstaltete eine Gegenkundgebung nach etwa drei Wochen und lud die Katholikenführer dazu ein, um „deren unwahre Behauptungen Auge in Auge zu widerlegen". Diese lehnten jedoch ein solches Ansinnen selbstverständlich ab und gaben dies in einer öffentlichen Erklärung mit kurzer Begründung durch die Tagespresse bekannt. Der Verlauf jener Versammlung hat denn auch gezeigt, daß dieses Verhalten das einzig richtige gewesen ist. — Des weiteren haben die Recklinghäuser Katholiken in einer Eingabe an den preußischen Innenminister Severing energisch Schutz verlangt gegen solch öffentliche Herabsetzungen und Schmähungen. Die Eingabe, die auch mehreren Landtagsabgeordneten zur Kenntnisnahme vorliegt, ist unterzeichnet worden von den Vertretern der Geistlichkeit, des Katholikenausschusses und sämtlichen katholischen Vereinen der Stadt.

Kommunikanten- und Konfirmanden-Anzüge

aus bewährten tiefblauen und schwarzen Qualitäten in ein- und zweireihigen Formen mit langer und kurzer Hose mit und ohne weißer Kragen-Garnitur

225.- 275.- 350.- 425.- 500.- 600.- und höher

Hüte, Mützen und Wäsche in großer Auswahl. 579

Fischer — Herne-Bochum.



Alleinvertrieb für das westf. Kohlenrevier:

L. Löber, Dortmund, 15207
Johannesstr. 20. Fernruf 8623.

Krätze

Entsetzl. **Betthautjucken** beseitigt in 2 Tagen ohne jede Berufsstörung. Millionenfach bewährt. Geben Sie kein unnützes Geld aus, bevor Sie mein unter Garantie sicher wirkendes Mittel nicht versucht haben! Offene Füße, alte unheilbare Wunden, behandelt mit gutem Erfolge, was viele Dank-sagungen beweisen 231

Frau Renkewitz, Homöopathie,
Herne, Gabelsbergerstr. 2, Ecke Mont-Cenisstr.

A. Grüne : Herne
Bahnhofstr. 9e : Fernsprecher 817

Spezialgeschäft für feine Lederwaren und Reiseartikel.
Ia. Offenbacher Fabrikate.

Kredit erhält Jeder!

Auf Teilzahlung

Herren- und Burschen-Anzüge

Schlüpfer, Covercoats und Regenmäntel
Cutaways und gestr. Hosen, Knaben-Anzüge

Damen-Mäntel, Costüme und Kleider

Costümröcke, Costümstoffe, Kleiderstoffe
und alle Manufakturwaren

Max Mischkowski, Dortmund

Ausgang Nordseite **Steinstrasse 69** Hauptbahnhof 323

Bequeme Abzahlung

Kredit erhält Jeder!

Tanz-Unterricht für gebildete Kreise.

Die neuen Kurse für Anfänger und Fortgeschrittene beginnen **Dienstag, d. 7. Febr.,** abends 8 Uhr im Hotel Busch.

Privat-Unterricht in mod. Tänzen jederzeit.
Einstud. von Aufführungstänzen.
Liste liegt auf. 578

H. Küper.

Lohntage 1922

Das Verzeichnis der Lohn- und Abschlagstage ist erschienen und in unserer Geschäftsstelle Münsterstraße 24, unseren Agenturen:
Buchhandl. Krawinkel, Schwerin,
„ Wedekind, Habinghorst
„ Küper, Ickern
und bei allen Boten zu haben.

Preis 1,50 Mk.



Schöne Maske, wer bist Du?

V539 aus

„Ullsteins Album für Masken!"

Erhältlich bei

L. H. Bauer, am Markt

Geld

können Sie verdienen
beim Einkauf von



Korbmöbeln
Reisekörben
Kinderwagen
Klappwagen

wenn Sie jetzt ihren Bedarf decken. Solange Vorrat reicht, verkaufe noch zu **niedrigen Preisen.** 527

Spezial-Geschäft

A. Vossen.

Markt 11 Dortmund Markt 11.



Henko

Henkel's Wasch- und Bleich-Soda

unentbehrlich für Wäsche und Hausputz

Hersteller: Henkel & Cie. Düsseldorf

Bestellen Sie sofort

bei Ihrem Postamt zur Probe Nordwestdeutschlands **bedeutendste und verbreitetste Zeitung, das**

Hamburger Fremdenblatt

mit der reich illustrierten Wochenbeilage
Hamburger Technische Rundschau
der hochaktuellen Kupfertiefdruck-Beilage
Rundschau im Bilde
mit den Beilagen Schiffahrts-Nachrichten, Hamburger Wirtschafts- und Börsenblatt

Wöchentlich zwölf Ausgaben

Postbezugspreis: Ausgabe A (mit allen Lokal-Anzeigen): monatlich M. 18.—, vierteljährlich M. 54.—; **Ausgabe B** (ohne Lokal-Anzeigen): monatl. M. 15.—, vierteljährlich M. 45.— bei freier Zustellung durch den Briefträger. — Probenummer kosten- und portofrei

Auslands- und Wochenausgabe des Hamburger Fremdenblatts:

Deutsche Übersee-Zeitung
reich illustriert in Kupfertiefdruck
Postbezugspreis für Deutschland M. 19.50 vierteljährl.

Wir versenden an uns aufgegebene Adressen von Auslandsdeutschen Probenummer mit Tarif

---

Eine Damenhand soll zart und weiß sein. Dieses erreichen Sie über Nacht mit **Creme-Pelzer.** „Weiß" oder glycerinhaltig, fein parfümiert. Achten Sie auf Bezeichnung „Friedensware". Zu haben 7642

Drogerie Hennewig und Appelhans

Guterhaltene Singer
Schuhmacher-Nähmaschine
zu verkaufen.
Näheres in der Geschäftsstelle dieser Zeitung. 627

Zwei Freunde suchen zu sofort sauberes
möbl. Zimmer
mit Morgenkaffee. Offerten u. **E. W.** an die Geschäftsstelle dies. Zeitung erbeten.

---

3 Mon. alles 598
Schwein
zu verkaufen.
Näheres zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Ztg.

---

40 Mk und mehr täg Nebenverdienst
Prospekt Nr. 442 gratis
P. Wagenknecht Verlag,
6172 **Leipzig.**

Für kl. Haushalt ein tüchtiges älteres 597
Mädchen
nicht über 20 Jahre, per sofort oder zum 15. Febr. nach Börnig gesucht, welches in Hausarbeiten erfahren ist. Zu melden
Frau Tollkamp,
Viktoriastraße 67.

Der bekannte
Naturheilkundige
Haverkamp
ist jeden Montag von 10—5 Uhr im
Restaurant Klein
vorm. Rombeck in Rauxe
zu sprechen. 6331

Geburtsanzeigen
Verlobungsanzeigen
Vermählungsanzeigen
Trauer-Anzeigen
Dankanzeigen

Postkarten
Zahlkarten
Paketkarten

Geschäfts-Umschläge
Rundschreiben
Rechnungen
Mitteilungen
Briefbogen

Geschäftsbücher
Durchschreibbücher
Kopierdrucksachen

Reklamedrucksachen
Massenauflagen
Verzeichnisse
Broschüren
Handzettel
Plakate

Besuchskarten
Geschäftskarten

Paketzettel, gummierte
Lohnzettel
Lohndüten

Castroper Zeitung
Abtlg. Buchdruckerei.

Roßkastanien mit Brut
vernichtet verblüffend
Goldgrist
doppelt stark, geruchlos, i. Apoth. u. Drogerien.

Reell! Vermög. Damen w. glückl. Heirat! Herren, wenn auch ohne Vermög., gibt Ausk. **Jos. Stabrey, Berlin,** Stolpischestraße 48.

In der Ecke

liegt viel Wertvolles, ohne nutzbar gemacht zu werden. Warum? Auch das Unscheinbarste hat heute Wert. Sehen Sie sich um in den Ecken, auf dem Boden und im Keller! Stossen Sie alles, was Sie nicht mehr nötig haben, ab und verkaufen Sie es vorteilhaft durch eine „Kleine Anzeige in der „Castroper Zeitung"! In den Ecken

liegt viel Geld!